

## **Delegiertenversammlung BDP Graubünden vom 1. September 2016, Landquart**

(Begrüssung durch den Parteipräsidenten)

### **«Sommer 2016»**

Geschätzte Damen und Herren

Die letzte Delegiertenversammlung fand am 25. Mai 2015 in Chur statt. Zwischenzeitlich sind gut drei Monate eines Sommers durch das Land gezogen, der uns in mehrererlei Hinsicht ambivalente Gefühle beschert hat. Wenn man die letzte Woche ausblendet, dann wurden uns diesen Sommer bisher lediglich Schönwetterabschnitte beschert, die jeweils eher in Stunden als in Tagen zu messen waren. Echte Sommergefühle kamen da kaum auf. Die belastenden Dopinggeplänkel im Vorfeld der olympischen Sommerspiele in Rio passten zu dieser grau-nassen Tristess. Zu einer eigentlichen Sommerdepression ausgewachsen ist die Gemütslage vor rund sechs Wochen mit dem von Extremismus geprägten Attentat in München und dem kurz danach erfolgten Messerangriff auf Zugreisende in Ansbach, ebenfalls in Bayern. Dass auch die Schweiz, mit dem beschaulichen und stramm bürgerlichen St. Galler Rheintal, kurz danach ebenfalls zum Schauplatz einer Feuer- und Messerattacke auf Zugreisende der Südostbahn werden sollte, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Diese Ereignisse lehren uns, dass es auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und in unserer geordneten Gesellschaft Dinge gibt, und immer geben wird, die nie zu 100% verhindert werden können. Schlechtes Wetter genauso wenig wie dopende Athleten, extremistische Attentate oder irre Amokläufe durchgeknallter Einzeltäter. Wenn nun politische Forderungen portiert werden, die auf staatliche Sicherheitsgarantien hinauslaufen oder beispielsweise verlangt wird, dass alle Züge durch Sicherheitspersonal zu begleiten seien, dann ist das nur noch populistisch. Dann versucht da jemand aus schrecklichen Ereignissen politisches Kapital zu schlagen und mit der Emotion des Moments unser nach wie vor hohes Niveau der öffentlichen Sicherheit zu negieren. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich bin nicht der Meinung, dass der Staat die Hände in den Schoss legen und all diese Taten als unausweichlich hinnehmen soll. Der Staat hat seine Bürger zu schützen und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Es ist aber unrealistisch und den Bürgern Sand in die Augen gestreut, wenn man vom Staat quasi eine 100%-ige Garantie verlangt, dass solche Ereignisse in Zukunft ausgeschlossen werden können.

Die beste Prävention gegen Extremismus, Radikalisierung und Perspektivenlosigkeit sind mündige, gebildete, eigenverantwortliche und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger. Eine derartige, echt bürgerliche, Gesellschaft ist zu differenziertem Urteil fähig und deshalb kaum anfällig gegenüber künstlich geschürten Untergangsszenarien, Massenhysterien und Scharfmachereien. Ein zentrales Element zum Erhalt dieser gesellschaftlichen Tugenden ist ein funktionierendes

Bildungssystem, das allen Menschen in unserem Land auf ihrem individuellen Niveau eine persönliche Entwicklung ermöglicht und ihnen damit eine wirtschaftliche Existenz und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erlaubt. Diese Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist entscheidend für die Pflege unserer demokratischen Diskussions- und Streitkultur und die Akzeptanz demokratisch gefällter Entscheide.

Leider gibt es auch in der Schweiz Tendenzen hin zu politischer Kompromisslosigkeit, der Optimierung des eigenen Vorteils und der Ausgrenzung von Andersdenkenden und Andersartigen. Wo aber die Bereitschaft zum Kompromiss von vornherein nicht vorhanden ist, gibt es keine echte, demokratische Auseinandersetzung. Demokratie lebt von Zivilcourage, Bürgermut und dem persönlichen Hinstehen für die eigene Überzeugung. Sie lebt aber ebenso von der Bereitschaft Mehrheitsentscheide zu akzeptieren und nicht von der ultimativen Durchsetzung des eigenen Standpunktes oder von Volksinitiativen, welche die Abwehr alles Bösen versprechen.

Es ist kein Zufall, dass unsere Partei im Grossen Rat mit einem Auftrag von der Regierung eine umfassende Bildungsstrategie verlangt. Die Regierung ist bereit den Auftrag entgegen zu nehmen. Er wird diese Woche im Grossen Rat behandelt. Es ist auch kein Zufall, dass unsere Partei im Jahre 2011, lange vor den erwähnten Ereignissen in Deutschland, im Rheintal oder noch früher in Frankreich und in Belgien, im Grossen Rat einen Auftrag zur Überwachung des öffentlichen Raumes eingereicht hat. Damit soll die Rechtsgrundlage geschaffen werden, um sensible Bereiche des öffentlichen Raumes mittels Videokameras überwachen und die Aufnahmen über eine gewisse Zeit speichern zu können. Dies um diese Aufnahmen bei allfälligen Straftaten zu deren Auflösung beiziehen zu können. Der Auftrag wurde im selben Jahr vom Grossen Rat überwiesen. Leider benötigt das zuständige Departement dannzumal sechs Jahre um dem Grossen Rat, so ist es zumindest geplant, im Dezember 2017 eine Botschaft zu unterbreiten.

Und es ist drittens kein Zufall, dass wir die Themen Bildung, Sicherheit und Asylwesen an unserem Thementag vom 18. Oktober 2016 mit den Mitgliedern vertieft diskutieren und aktuelle Lösungsansätze und Positionen dazu erarbeiten werden. Wir kommen unter Traktandum 3 noch darauf zu sprechen. Unsere Partei nimmt die Themen welche die Menschen beschäftigen auf und versucht dazu Lösungen aufzuzeigen. Das ist unser Verständnis von Politik.